Dualität und Identität. - Schwierigkeiten einer Emanzipation vom Stalinismus. Zur Stalinismusdebatte in der PDS.

# I. Stalinismusdebatte in der PDS - Politikbestimmung und ideologische Identität.

Wer sich mit der Stalinismus-Debatte in der PDS auseinandersetzt, sollte nicht aus den Augen verlieren, daß es sich hierbei um eine Parteidebatte handelt. So ist die Kritik oder Klage, sie werde nicht wissenschaftlich geführt, im Grunde desorientiert oder mitunter selbst schon nur ideologische Attitüde. Eine Partei ist kein wissenschaftliches Seminar und eine Parteidebatte kein erkenntnisorientierter Theoriediskurs. Nein, die Stalinismus-Diskussion in der PDS hatte von Beginn an primär einen ideologischen Charakter und eine politische Funktion. Es ging und geht um geschichtliche Identität, ideologische Standortbestimmung und aktuelle wie zukünstige Politikorientierung.

Aus der Feststellung, daß die Stalinismus-Debatte in der PDS primär Ideologie und Politik bestimmt war und ist, folgt allerdings nicht, daß sie keine geschichtswissenschaftlichen, soziologischen oder politiktheoretischen Erkenntnisse beinhalten kann, sondern nur, daß dies nicht ihre eigentliche Funktion ist, und daß deshalb ihr Verlauf und ihre Dynamik anderen Regeln folgt als denen des wissenschaftlichen Diskurses. So wäre es auch verfehlt, wollte man den Verlauf dieser Debatte am Streit um die Begrifflichkeit Stalinismus verfolgen. Die Stalinismus-Diskussion der PDS umfaßt selbst in der engeren Geschichtsdebatte vielschichtige Diskurse, wie z.B. die Debatte um Unrechtsstaat und Legitimität, die "Stasi"-Debatte oder die Programmdiskussion. Ihr Verlauf wurde und wird nicht von einem wie auch immer gearteten Fortschreiten in der Erkenntnis bestimmt, sondern einerseits von äußeren gesellschaftlichen Druckwellen gegen die PDS und andererseits von den Aufwallungen innerer politischer und geistiger Richtungskämpfe.

# II. Kursorisches zum Verlauf der Stalinismus-Debatte in der PDS (1989 bis 1995).

Eine differenzierte und detaillierte Chronologie kann ich hier auf Grund der Zeitbeschränkung natürlich nicht vortragen. Ich verweise deshalb auf die Arbeiten von W.Hedler und H.Helas, die Verlauf und Ergebnisse der Stalinismus-Debatte in der PDS nachzeichnen. An dieser Stelle möchte ich nur einige kursorische Betrachtungen zum Verlauf der Debatte vorstellen. Dabei teile ich die bisherige Stalinismus-Debatte in der PDS auf Grund ihres primär politischideologischen Charakters in 3 Etappen ein:

#### II.1. Erste Etappe: Bruch mit dem Stalinismus.

Der außerordentliche Parteitag der SED proklamierte den Bruch mit dem Stalinismus als System. Die Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft dieser anti-stalinistischen Willensbekundung bildete die Grundvoraussetzung für den Versuch, aus der SED heraus eine neue, demokratische sozialistische Partei zu gründen. Dieser Wille prägte den ganzen Parteitag und nicht etwa nur das von Michael Schumann gehaltene Referat zur Auseinandersetzung mit dem autoritären, administrativ-bürokratischen Sozialismus. Wer heute argwöhnt, der Parteitag sei von Gysi, Berghofer, Schumann, Wolf oder sonst wen überrumpelt worden, war offensichtlich nicht nur nicht in der Dynamo-Halle, sondern hat vergessen oder verdrängt, daß der Bruch mit dem Stalinismus, der Kampf für seine Überwindung die mobilisierende Idee der demokratischen Volksbewegung des Herbstes 89 war. Bis weit hinein in die SED war der "Stalinismus" spontan zur zentralen identitätsstiftenden negativen Bezugs- und Orientierungskategorie geworden. Und, "Stalinismus" stand dabei vordergründig nicht für Personenkult, Schauprozesse, Terror und Massenmord in der Sowjetunion während der Stalinära, sondern für das zusammenbrechende politische System der DDR, für Bürokratismus, Zentralismus, Administrieren, Willkür, für fehlende Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, uneffektive Kommandowirtschaft, Gängelei des geistig-kulturellen Lebens, für das Fehlen von Pressefreiheit, Redefreiheit, Reisefreiheit usw.. Mit dieser Begriffshegemonie des "Stalinismus" verband sich aber für viele DDR-Bürger, - auch für viele Aktivisten der Bürgerbewegung, der Anspruch auf eine Erneuerung der DDR, auf die Demokratisierung des Sozialismus. Mit der "Befreiung vom Stalinismus", so G. Stiehler in jenen Tagen in der Berliner Zeitung, sei eine tiefgreifende Erneuerung der Gesellschaft, die Errichtung einer wahrhaft sozialistischen Gesellschaft möglich geworden.<sup>2</sup>

Der Begriff "Stalinismus" war also zur zentralen Achse im Neu- und Selbstfindungsprozeß der PDS geworden. Damals übrigens auch noch für die KPF. Hier ein Zitat aus einem Diskussionsangebot der Plattform mit Datum vom 14. Januar 1990, das den Titel trug, "Die Entstalinisierung der Partei.": "In der gesellschaftlichen Diskussion wird heute von verschiedenster Seite über den "Stalinismus", über das "administrativ-zentralistische System" als die Ursache der gesellschaftlichen Krise unseres Landes gesprochen. Das ist natürlich richtig. (Nicht umsonst hatte Kurt Hager noch 1989 den Mitarbeitern der wissenschaftlichen Parteieinrichtungen ausdrücklich den Gebrauch des Wortes Stalinismus untersagt.)

Im Jahr 1990 (insbesondere nach Volkskammer- und Kommunalwahlen) nahm die Auseinandersetzung mit den Grundlagen, Quellen und Triebkräften des stalinistischen Realsozialismus in der PDS-Diskussion einen herausragenden Platz ein. Erinnert sei an Gysis Rede auf der Klausurtagung des Parteivorstandes im Mai, an die Thesen zur Erneuerungskonferenz und an die Stalinismuskonferenz Mitte November 1990.<sup>3</sup> In seiner Eröffnungsrede betonte Klaus Höpcke, daß die Stalinismusdiskussion eine Schlüsselfunktion in der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zu kommt und damit für die Erneuerung der Partei.<sup>4</sup> Diese erste Etappe des Stalinismus-Diskussion in der PDS dauerte bis in das Frühjahr 1991.

Nur ein Jahr nach der Stalinismuskonferenz konstatierte ich in meinen "Geschichte ohne wenn und aber" getitelten Ausführungen auf dem Geschichtsplenum der 3.Tagung des 2.Parteitages unter teilweise heftigen Protesten aus dem Plenum, daß die Erneuerung der PDS auf Grund der Blockaden in der Auseinandersetzung mit der realsozialistischen Vergangenheit gescheitert sei. <sup>5</sup> Zwischen diesen beiden Daten hatte ein nachhaltiger nostalgischer bis restaurativer Umschwung in der PDS stattgefunden. Bevor wir uns dieser zweiten Etappe zuwenden, möchte ich noch einige Anmerkungen zur Polemik um den **Gründungskonsens** der PDS machen.

Exkurs: Anti-Stalinismus - ein hegemonialer Gründungskonsens.

Trotz der oben beschriebenen spontanen Dominanz des Stalinismus-Begriffs bzw. des Anti-Stalinismus als Selbstbewußtsein und Orientierung des Aufbrauchs 1989, in dessen Kontinuität sich die PDS ja bestimmt, existiert seit Ende 1992 ein merkwürdiger Streit über den "Anti-Stalinismus" als Gründungskonsens der PDS. Einerseits positioniert sich das reform- und modern-sozialistische Parteizentrum als <u>Verteidiger</u> des anti-stalinistischen Gründungskonsens, während andererseits die Anhänger des traditionalistischen, orthodox-parteikommunistischen, rechten Flügels darin, nicht zu Unrecht, den Versuch sehen, sie aus der Partei zu drängen, in dem ihnen das Verlassen der Urübereinkunft der Partei vorgeworfen wird. Die so Angegriffenen bestreiten oder relativieren diesen vermeintlichen Gründungskonsens und/oder berufen sich auf das Programm der PDS, - allerdings in einer sehr reduktionistischen Deutung. Kann man aber eigentlich einen Konsens verteidigen? Konsens bedeutet doch allseitige Übereinkunft. Wie soll man eine solche gegen einen Mitträger verteidigen. Nach dem Wortsinn könnte man doch nur die Beendigung des Konsens' feststellen.

Unzweifelhaft war der Bruch mit dem Stalinismus, wie schon ausgeführt, der motivierende und integrierende Leitgedanke der Gründung der PDS aus der SED heraus. Anderseits im engen Wortsinn, als allseitiges Einverständnis, hat es einen anti-stalinistischen Gründungskonsens natürlich nicht gegeben. Die seit 1991 **offen** auftretenden divergierenden Sichtweisen auf Stalinismus und Realsozialismus waren von Beginn an in der PDS präsent. Doch die anti-stalinistische, demokratisch-sozialistische Reform- und Bruchbereitschaft war anfänglich so groß und die Niederlage des autoritären, bürokratischen, undemokratischen eben stalinistischen Staatssozialismus so total, daß traditionalistische, orthodoxe Positionen sprachlos oder unhör-

bar blieben. Man müßte also genauer von einem hegemonialen anti-stalinistischen Gründungskonsens sprechen. Ein hegemonialer Konsens ist aber natürlich logisch ein Widerspruch in sich.

Verteidigt wird also von den "modernen" Reformsozialisten in der Stalinismus-Debatte ihre politisch-geistige Hegemonie in der PDS. Wie andersherum die Attacken gegen den Stalinismus-Begriff auf die Brechung dieser Hegemonie zielen. Da die orthodox-kommunistische Parteirechte keine wirklich überzeugende alternative Politik anzubieten weiß, hat sie das Geschichtsverständnis und die Dogmatik sich zum Feld ihrer Attacken gegen diese Hegemonie gewählt. Sie setzte bei ihrem Vorstoß 1992 auf die Ernüchterungen durch die Einheitsrealität und eine sich ausbreitende ambivalente DDR-Nostalgie.

# П.2. Zweite Etappe (1991/92): Der Begriff verschwindet, der Stalinismus "lebt auf".

Der Finanzskandal hatte die sich gerade in der Konsolidierung wähnende PDS in eine abermalige schwere Existenzkrise gestoßen. In deren Ergebnis alte Apparatstrukturen vollends desavouiert waren und in einem zweiten Schub meist jüngere PDSler auf eine radikale Erneuerung drängten. Dieser Bewegung stand einerseits die Bemühung führender PDS-Funktionäre und Parlamentarier um eine abermalige Konsolidierung der zerbröselnden Partei und anderseits eine sich allmählich in der Partei ausbreitende ddr-nostalgische Trotzmentalität angesichts westdeutscher "Kolonialisierung" und Totalnegation entgegen. Dies führte zu einem scharfen Konflikt um das politische Profil der PDS, in dem zwei Fragen im Zentrum stand: das Oppositionsverständnis und die Geschichtsaufarbeitung.

Auf der zweiten Tagung des 2.Parteitages kam es zur Zuspitzung der Debatte. Gysi drohte mit Rücktritt. Das Gespenst der Parteispaltung ging um. Es bildete sich die sogenannte Erneuerungs-Strömung, die massiv gegen die in ihren Augen einsetzende Stagnation der Erneuerung ankämpfte.<sup>6</sup> Mitglieder der AG Junge GenossInnen ergänzten das über dem Präsidium angebrachte Parteitagsmotto "Wer Zukunft will, muß die Gegenwart verändern" um die Worte "und sich der Vergangenheit stellen". Sie konnten zumindest dem Parteitag einen Zusage abtrotzen, daß die folgende Tagung sich schwerpunktmäßig mit der Geschichtsaufarbeitung beschäftigen sollte. Die Partei schien am Scheideweg. Obwohl die Anhänger der "Strömung" die Annahme des Beschlusses zum offenen und öffentlichen Umgang mit der MfS-Vergangenheit gegen erhebliche Widerstände durchsetzen konnten, und obwohl der Parteitag auch ein Statut beschloß, daß aller emsiger Gegenwehr der KPF zum Trotz eine geistige wie strukturelle Absage an den Stalinismus und sein Parteiverständnis darstellte, kann dennoch diese

2. Tagung des 2. Parteitages als eine Art Wendepunkt in der Stalinismus-Debatte bezeichnet werden. Die Schärfe der Auseinandersetzung signalisierte die Wende.

Die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und der Begriff "Stalinismus" verschwanden zusehends aus der Debatte und den Dokumenten der PDS. Stalinismus als System und als Denk- und Verhaltensmuster und seine Überwindung thematisierten nun fast ausschließlich die oppositionellen radikalen Erneuerer und zwar als Vorwurf gegen den Mainstream in der Partei und in der Parteiführung, welche auf diesem surfend versuchte, die Partei zu konsolidieren, statt sie umzukrempeln. Von neostalinistischer Restauration, von der Erneuerung der PDS zur poststalinistischen SED war in zahlreichen Papieren der innerparteilichen Oppositionsströmung die Rede. Die Debatte um die unsichere Reaktionen des Präsidiums auf den Putschversuch in Moskau vertieften den Konflikt weiter.

Daß der beschlossene Parteitagsschwerpunkt *Geschichtsdiskussion* schließlich zu einem offenen Geschichtsplenum am Vorabend der 3. Tagung des zweiten Parteitages mutierte, kann als symptomatisch betrachtet werden. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte stagnierte, wurde absichtsvoll blockiert und allenthalben waren restaurative Bewegungen und Bestrebungen unübersehbar. Und die Parteiführung, verunsichert, durch die Rücktritte von Brie und Gysi in einer ohnehin fragilen Situation, meinte, dem offensichtlichen konservativnostalgischem Stimmungsumschwung in der PDS und im ostdeutschen Lande überhaupt Rechnung tragen zu müssen. So wich man auch in der Geschichtsdebatte von den Positionen des Jahres 90 immer mehr zurück.

Die hier skizzierte Entwicklung war untrennbar verbunden mit Veränderungen im gesellschaftlichen Klima: mit der breiten öffentlichen Diskussion über ein **Tribunal** zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte 91/92, der Öffnung der MfS-Archive Anfang 92 und mit der ausufernden Debatte über den "Unrechtsstaat DDR" und über die Ergebnisse der Enquetekommission des Bundestages zur DDR-Geschichte. Hinzu kam eine spürbar stärker werdende Bewegung in der Gesellschaft der ostdeutschen Ländern, die sich gegen die sozialen Ungerechtigkeiten in der Folge des kolonialisierenden Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik wendete. In den Komitees für Gerechtigkeit, die sich im Sommer 92 formierten, fand diese einen Instutionalisierungsversuch.

Vor diesem Hintergrund wurden vormals kritische Bewertung der untergegangenen DDR-Gesellschaft immer mehr relativiert. Eine offene und schonungslose Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte kollidierte mit dem Partei-Interesse an einer breiten ostdeutschen Sammlungsbewegung. Die Analyse des repressiven, zentralistischen, antidemokratischen Gesellschaftssystems wurde im PDS-Diskurs verdrängt durch die Verteidigung der

"Legitimität des Versuchs", die Bewahrung der positiven "Errungenschaften und Erfahrungen", die Würdigung des "selbstlosen Einsatzes von Millionen" DDR-Bürgern für die Errichtung einer "sozialistischen Alternative" usw. usf.. Der 89/90 so dominante Stalinismus-Begriff kam nunmehr in der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte kaum noch vor. Immer offener wurden stattdessen die anti-stalinistischen Positionen der Gründungsphase der PDS in Frage gestellt. Ein vermeintlicher eilfertige "Gegen-Stalinismus" der Anfangszeit wurde nunmehr insbesondere aus der KPF und deren Umfeld als Zurückweichen vor dem antisozialistischen Druck der Wendezeit attackiert. Nicht nur Volksbewegung des Herbstes 89 wurde nunmehr als Konterrevolution denunziert, sondern auch die sogenannten "SED-Reformer", eben noch Hoffnungsträger, als notorische Liquidatoren des Sozialismus "entlarvt"<sup>8</sup>. Einige am rechten Rand der PDS gingen gar noch weiter. So artikulierten K.Goßweiler, H.H.Holz oder S. Wagenknecht einen neostalinistischen Geschichtsrevisionismus, der die Anfänge des Niedergang des Sozialismus im Sieg des sich antistalinistisch gebärdenden Revisionismus und Opportunismus auf dem XX.Parteitag der KPdSU erblickte.9 So marginal diese Extrempositionen sein mögen, so war ihr offenes Hervortreten Ausdruck für eine Verschiebung im politischgeistigen Klima in der PDS.

Nachhaltige Wirkung hatte diese tendenziell restaurative Phase auf die Programmdebatte des Jahres 1992. Unter Stalinismus begreift das Programm letztlich nur noch Verbrechen und Terror in der Sowjetunion der Stalinära. Vom Stalinismus als System ist im Grunde nicht mehr die Rede. Hinsichtlich der Darstellung und Bewertung der DDR und ihrer Geschichte findet die Lesart des von der KPF eingebrachten Programmentwurfs letztlich Eingang in das Parteiprogramm: Da wird die Legitimität des Versuchs einer sozialistischen(?) Alternative(?), für den man sich nicht zu entschuldigen bräuchte, ebenso betont wie das ehrliche Engagement von Millionen aufrechter Bürger für den Aufbau eine gerechteren sozialistischen Ordnung und die positiven Erfahrungen und Errungenschaften. <sup>10</sup>

Die Formulierungen des Programms wurden so, obgleich 1992/93 die KPF die Annahme des Programms zu verhindern versuchte und wohl auch überwiegend gegen seine Annahme votierte, in der Stalinismus-Debatte zur legitimen Rückzugslinie von KPF, Marxistischen Forum und andere, die nun darauf pochen, daß die Feststellungen des Programms zum gescheiterten sozialistischen Versuch in der DDR auf einige Zeit ausreichend, vernünftig und konsensfähig seien.

In den Thesen der Historischen Kommission zur 1. Tagung des 3. Parteitages wird dies Situation Ende 1992 relativ realistisch skizziert. Diese Thesen sind bereits ein Zeichen einer neuen Etappe der Stalinismusdebatte in der PDS. <sup>11</sup>

## II. 3. Dritte Etappe: Der Begriff kehrt zurück.

Die 3.Etappe der Stalinismusdebatte beginnt im Vorfeld der 1.Tagung des 3.Parteitages, da sich die reformsozialistische Mehrheit des Parteizentrums offensichtlich nunmehr zur Gegenwehr gezwungen sieht. Der Artikel von Sahra Wagenknecht "Marxismus und Opportunismus" in den Weißenseer Blättern ist Auslöser oder Aufhänger der lange überfälligen Auseinandersetzung. André Brie titelt seine Replik offen mit der Frage "Also zurück zu Stalin?" Der Stalinismus kehrt in die innerparteiliche Debatte der PDS zurück. Zwar stand Sahra Wagenknecht und ihr Artikel im Zentrum der Auseinandersetzungen, aber für alle Beteiligten war wohl klar, daß es hier nicht nur um den Wagenknechtschen Artikel und die sehr außenseitige Position vom aufsteigenden Revisionismus von Chrustschow bis Gorbatschow und schon gar nicht um eine Relativierung der Verbrechen der Stalin-Ära geht. Vielmehr war der Streit um den Charakter des realsozialistischen Systems in der DDR, um das ideologische Selbstverständnis der PDS und um ihre politische Orientierung wieder zum Begriff Stalinismus zurückgekehrt. Vor allem deshalb wohl, weil die reformsozialistischen Kräfte in ihrer Bedrängnis sich der Schlüsselfunktion der Auseinandersetzung mit Stalinismus für die politisch-geistige Konsolidierung einer demokratisch sozialistischen Reformpartei erinnerten.

Die 1.Tagung des 3.Parteitages zeigte, daß die Zugeständnisse an die ddr-nostalgische, konservative und bisweilen restaurative Grundstimmung in der Programmdebatte offensichtlich übertrieben waren. Zumindest unter den Delegierten hatte sie nur sehr wenige Anhänger. Wie es überhaupt ein bemerkenswertes Mißverhältnis gibt zwischen der eher kleinen Anhängerschaft des orthodoxen spät-stalinistischen Parteikommunismus in der PDS und der dogmatischen Verstaubtheit ihrer Debattenbeiträge einerseits und andererseits der relativ großen Aufmerksamkeit, die ihnen geschenktwird, und der maßlosen Kraftaufwendung, mit der sie bekämpft werden. Das liegt vielleicht daran, daß hier "Verstand und Vernunft" der Partei mit dem eigenen Unterbewußtsein und der verunsicherten Psyche großer Teile der Mitgliedschaft im Streite liegen. Die KPF ist wohl der Ort, wo stalinistische Ideologie- und Politikmuster am konzentriertesten und am selbstbewußtesten zu Tage treten, aber sie waren und sind natürlich in der ganzen Partei präsent.

Der Wiederaufruf der Stalinismus-Debatte und die Betonung, daß Pluralismus nicht Beliebigkeit bedeute, hatte ganz offensichtlich die konservativ-nostalgische Bewegung in der PDS zumindest politisch gestoppt und die Anti-Antistalinisten in eine Verteidigungsstellung gedrängt. Aus der diese nunmehr logischerweise die Verwendung des Begriff "Stalinismus" als Denunziation attackierten und auf den Pluralismus in der Partei pochten.\*

Bis zum Sommer lief die Stalinismusdebatte in Broschüren, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln sowie Diskussionsrunden. Durch den im Herbst 93 anlaufenden Bundestagswahlkampf wird der schwelenden Stalinismusstreit nach der 2. Tagung des 3. Parteitages offenbar einvernehmlich gedeckelt. Aber im Herbst 1994 entzündet sich der Konflikt an Publikationen von K.Gossweiler und S.Wagenknecht aufs neue. Unmittelbar nach der für die PDS erfolgreichen Bundestagswahl spitzen die reformsozialistischen Kräfte in der durch den Wahlausgang erheblich gestärkten Parteiführung den Konflikt zu. Zunächst wird in den 10 Thesen die antidemokratische Politik der SED wieder als stalinistisch gekennzeichnet und dann in den 5 Standpunkten "stalinistische" Aussung für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der PDS deklariert. Die Zurückweisung des postalinistischen Geschichtsrevisionismus a la Gossweiler, Wagenknecht oder Holz, der zweifellos den öffentlichen politischen Handlungsspielraum der PDS beschädigt, war nur das eine Ziel dieser Zuspitzung. Das wichtigere Anliegen, so schien mir, war die Festigung der politisch-programmatischen Hegemonie der reformsozialistischen "Realpolitik". Dieser Versuch eines quasi "anti-stalinistischen Befreiungsschlages" mißlingt beinahe. Nicht wegen eines konservativen, restaurativen Widerstandes, sondern wegen der handstreichmäßigen und erpresserischen Art und Weise, in der er vorgetragen wird.

Aber die Idee, den Stalinismus per Parteitagsbeschluß aus der PDS auszugrenzen, hat auch einen genetischen Defekt.: "Wie soll es in einer Partei, die sich aus einer stalinistisch/ poststalinistischen Partei herausgebildet hat, unter Ihren Mitgliedern keine stalinistischen Auffassungen geben? Sind die alle mit der Wende von 1989 gelöscht worden?", so fragen Berliner Delegierte in einem Änderungsantrag zu jener Ausgrenzungspassage. 12 Vom Stalinismus sich befreien, heißt doch vielmehr stalinistischen Auffassungen in der politischen Praxis wie in der politischen Programmatik, in den Gesellschaftsauffassungen wie im Geschichtsverständnis kein Raum zu geben, sie beständig zurückzuweisen und die Hegemonie eines demokratischen, pluralistischen, emanzipatorischen Sozialismus für Politik und Gesellschaftsreform in der PDS zu sichern. Für diesen Selbstaufklärungs- und Lernprozeß ist die im Initiativantrag von Modrow, Gysi und Bisky gewählte Ausgrenzungsformel kontraproduktiv und trägt nur dazu bei, die tatsächlichen Konfliktlinien zu verunklaren und die Blockaden in der Auseinandersetzung mit dem eigentlichen, dem systematischen Stalinismusproblem der PDS zu verfestigen.

<sup>\*</sup> An dieser Stelle verließ der Referent beim Vortrag die Chronologie und wechselte in die systematische Darstellung. Siehe Seite 9.

Führende Repräsentanten der KPF hatten in einer gemeinsamen persönlichen Erklärung am Vorabend des Parteitages trotzig festgestellt, daß sie der Vorwurf "Stalinisten" nicht träfe, komme er doch von "Leuten, die der Dialektik abgeschworen haben". Während in ihrer "historischen" und "dialektischen" Geschichtssicht der "frühe Sozialismus" (d.i. der reale) die ungebremste Kapitalherrschaft auf diesem Planenten verhinderte und so die Welt noch berechenbarer und reicher an Hoffnung gewesen sei. Mit der "Stalinismuskeule" als ideologischer Waffe wolle man die Linken in der PDS auf Systemkonformität trimmen. Auch hier erkennen wir die stalinistisch-denunziatorische Argumentationsfigur von Opportunismus und Feindsteuerung einerseits und ideologischer Selbststilisierung andererseits.

Daß S.Wagenknecht trotz alledem ein respektables Ergebnis bei den Vorstandswahlen erzielen konnte, war die Quittung für den unsinnigen Ausgrenzungsvorstoß seitens Bisky, Gysi, Brie u.a.. Die KPF hat sich auf dem Parteitag ihre Marginalisierung selbst redlich erarbeitet, indem sich ihre Delegierten gegen das Adjektiv "demokratisch" vor "Kommunismus" wehrten, weil man sich nicht in "gute" und "schlechte" Kommunisten auseinanderdividieren lassen wolle.

Die Marginalisierung und Selbstdemontage der KPF im Konflikt um die DDR-Geschichte und den Stalinismus mag einer der Gründe dafür sein, daß sich der konservativ-legitimatorische Flügel der PDS eine neue Plattform suchte: das "Marxistische Forum - In großer Sorge". Die anfänglich große Resonanz und die verunsicherten, unangebrachten Reaktionen des reformsozialistischen Zentrums signalisierten ein weiteres mal, daß das Stalinismusproblem in der PDS eben kein "KPF-Problem" ist, sondern das Problem tiefer politischer, ideologischer und auch sozialer Prägung, gegen die nicht Ausgrenzung hilft, sondern nur Auseinandersetzung.

Nach diesem kursorischen Überflug über 6 Jahre Stalinismus-Debatte in der PDS möchte ich mich jetzt mit einigen Argumenten dieser Debatte systematisch auseinander setzen.

### IV. Stalinismus - Begriff.(\*)

In der PDS Stalinismusdebatte wird immer wieder der Begriff "Stalinismus" selbst bzw. seine Verwendung attackiert. Im Folgendem möchte ich mich mit einigen Einwänden auseinandersetzen:

#### IV.1. Ideologischer Kampfbegriff

Der zentrale und häufigste Vorwurf heißt: Stalinismus, - das sei ein ideologischer Kampfbegriff und daher für die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Realsozialismus ungeeignet. Zumal er auf die totale Delegitimierung des Sozialismus überhaupt ziele. Diese Argumentation ist so alt wie der Begriff selbst. Mit dem Stalinismus-Begriff wird seit Jahrzehnten schon die Identität von Sozialismus und autoritärem Staatssozialismus bestritten und zugleich

Dieser Teil wurde etwas vorgezogen referiert (Sie Fn. S.8), allerdings nicht bis zum Ende. (Siehe Fn. S.13).

die sozialistische Identität von Kritikern des sowjetisch orientierten Sozialismus begründet. Die politbürokratische Herrschaft hatte dies immer als Angriff auf ihren sozialistischen Alleinvertretungsanspruch verstanden und deshalb auch diesen Begriff stets als ideologisches Diversionsinstrument des Klassenfeindes, als Angriff auf den Sozialismus verteufelt. Diese Argumentation überlebte Stalin, den XX.Parteitag und war bis zum Zusammenbruch des Realsozialismus herrschende Doktrin. Auch die SED scheute den Begriff "Stalinismus" wie der Teufel das Weihwasser. Nicht weil sie Stalin und die Zeit des großen Terrors verteidigen wollte, sondern es ging ihr um die eigene Macht. Ob nun aus Instinkt oder Einsicht, jedenfalls erfaßte die Partei- und Staatsführung (wie ihre Epigonen) sehr genau die diesem Begriff innewohnende Kritik an dem politischen und sozialen System, in dessen Kontinuität man sich wußte und selbst deklarierte. Kritik am "Personenkult", an "Deformationen" oder "Verstößen gegen die sozialistische Gesetzlichkeit" in der Stalinzeit - ja, aber "Stalinismus" - nein. Da lauerte die Machtfrage, denn es hatte keinen Bruch mit dem stalinistischen System gegeben, weder in der Praxis noch in geschichtlichen Selbstverständnis.

Insofern haben die Anti-Antistalinisten in und bei der PDS durchaus recht, wenn sie im Anti-Stalinismus die Machtfrage gestellt sehen. Aber nur wer weiterhin die stalinistische, politbürokratische Herrschaft und den Realsozialismus mit dem Sozialismus schlechthin identifiziert, kann Anti-Stalinismus mit Anti-Sozialismus und Konterrevolution gleichsetzen.

Verdammnis und Verfolgung des Begriffs Stalinismus wurden zur Metapher für die Reform-unfähigkeit des stalinistischen Staatssozialismus. Folgerichtig stand dieser Begriff quasi als zentrale Anti- bzw. Umsturz-Idee über dem Zusammenbruch des Realsozialismus in der DDR wie in den anderen Staaten und Parteien des vormals sowjetischen Blocks. Der Begriff ergriff die Realität. Das Ende des Dualismus bedeutet das Ende des real-stalinistischen Systems.

Die politisch motivierte Abwehr des Stalinismus-Begriff feierte aber in der PDS Wiederauferstehung. Überraschend? Eigentlich doch nicht, denn 30, 40 Jahre politischer und ideologischer Prägung lassen sich nicht von heute auf morgen löschen. Im Prinzip rekonstituierte sich die alte ideologische Konfrontationslinie, allerdings unter völlig veränderten internen und extern Voraussetzungen.

"Stalinismus" ist unbestreitbar ein ideologischer Begriff und mit ihm wird auch gekämpft, gegen die PDS, in der PDS, fernab außerhalb der PDS. In der Stalinismusdebatte der PDS bedeutet der hier in Rede stehende Einwand aber Anderes: Stalinismus sei ein ideologischer Begriff des politischen Gegners (oder Klassenfeindes) und keiner der eigenen Ideologie. Hier wird, laut über die Fortsetzung des Kalten Krieges klagend, das bewährte Muster: WIR

oder DIE; MIT uns oder GEGEN uns, reinstalliert, die Parteilichkeit der Wahrheit und die Parteilichkeit der Begriffe.

Es gab übrigens noch zwei "feindlich-negative", "antisozialistische ideologische Kampfbegriffe", die heute in der PDS in aller Munde sind und gleich neben Stalinismus auf der Giftliste der SED standen: demokratischer Sozialismus und Pluralismus.

#### IV.2. Personalisierung

Der Begriff Stalinismus wurde und wird auch ob seiner Personenbezogenheit problematisiert. Für die einen werden damit alle Probleme einer geschichtlichen Periode des Sozialismus der Persönlichkeit Stalin aufgeladen und dieser damit mystifiziert und verteufelt. Was Stalin eine historisch gerechte Beurteilung seiner Leistungen und Fehler verwehre (!). Für andere verdeckt ein solch personalisierter Begriff die Systemdefekte, auf die sich die historische Analyse richten sollte und mache den Stalinismus zum Personalproblem, wo er doch tatsächlich ein Systemproblem sei.

Auf den ersten Blick hat diese Argumentation den Anschein der Plausibilität auf ihrer Seite. Zumal sie aus entgegengesetzten Lagern der Stalinismusdebatte kommt. Doch bei näherer Betrachtung löst sich dieser Anschein in nichts auf. Was hätte wohl Marx gesagt, wenn man ihm mit dieser Argumentation die Verwendung des Begriffs Bonapartismus hätte streitig machen wollen. Wer kann den ernsthaft die Begriffe Cäsarismus, Bonapartismus, Wilhelminismus, Peronismus, Thatcherismus, - die Reihe wäre beliebig fortzusetzen, allein deswegen zurückweisen, weil sie auf Personen zurückgehende Begriffe politischer und historischer Systematisierung sind. Ich muß ehrlich gestehen, daß die Dauerhaftigkeit dieses Einwandes bei der so offensichtlichen ideologischen Verstelltheit mich verwundert.

# IV.3. Unterscheidung zwischen nachstalinschen Realsozialismus und Terrorherrschaft der Stalin-Zeit.

Ein weiterer Einwand gegen die Verwendung des Begriffs Stalinismus in der Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte sieht in ihr eine unzulässige Verwischung zwischen dem mörderischen Terrorregime der Stalin-Zeit, dem zig Millionen Menschen zum Opfer fielen, und dem vergleichsweise moderaten Regime der SED-Diktatur. Zwar gab es auch in der DDR Unrecht und Leid für viele Menschen, aber zwischen Bautzen einerseits und dem Gulag und den Erschießungskommandos des KGB liegt ein millionenfach lebenswichtiger Unterschied.

So richtig die Forderung nach einer Unterscheidung ist, so wenig Begründung ist dies gegen eine weite, systematische Verwendung des Begriffs Stalinismus. Wer hat denn festgelegt, daß Stalinismus mit Massenterror identisch ist? Diese Gleichsetzung ist ein wichtiger Grund-

gedanke der stalinistisch bestimmte Abrechnung mit Stalin und seiner Herrschaft nach dessen Tode. Stalins Erben hatten gute Gründe, Stalinismus mit Personenkult, Amtsmißbrauch, Deformationen und "sogar Verstößen gegen die sozialistische Gesetzlichkeit" zu verbinden, aber das reale politische und soziale System, also ihre Macht, bei der Kritik außen vor zu lassen. Sie installierten die Ideologie eines Dualismus zwischen Deformation und Entartung einerseits und dem Kontinuum realsozialistischer aufsteigender Gesellschaftsentwicklung andererseits. Nunmehr habe man die Entartungen überwunden, so wurde verkündet, und sei auf den rechten Weg zurückgekehrt. Die Reduktion des Stalinismus auf die Terror- und Stalinzeit und der propagierte Dualismus (Stalinismus - Realsozialismus) bildeten die Grundlage der stalinistischen Überwindung des selbstzerstörerischen Terrorismus gegen das eigene Volk.

Eine Nebenbemerkung: Die Sprachregelung vom "Verstoß gegen die sozialistische Gesetzlichkeit", die heute noch in der PDS anzutreffen ist, und nicht nur in Papieren der KPF, ist im Grunde eine stalinistische Zumutung. Sie suggeriert, daß Schauprozesse, GULAG und Massenmord in der Sowjetunion Abweichungen vom sozialistischen Recht waren, - Rechtsbeugung, Verfehlungen. Dabei waren diese, inklusive individueller Willkürakte, doch nur die äußerste Konsequenz der Verwirklichung des stalinistisch-sozialistischen Rechtsverständnisses, das das Recht als eine Frage der Macht und als ein Instrument der Politik betrachtete. Die Exzesse fanden ein Ende, die sozialistische Gesetzlichkeit und der tendenziellen Rechtsnihilismus, denen sie entsprungen waren, blieben.

Die Systemkontinuität des Stalinismus nach 1956 rechtfertigt die weite Anwendung des Stalinismusbegriffes. Aber dennoch bleibt angesichts der unglaublichen Dimension von Terror und Unrecht in der Stalinperiode das Problem der Unterscheidung in der Kontinuität. Hermann Weber hat ohne große Resonanz auf der Stalinismuskonferenz der PDS nochmals seine Unterscheidung zwischen Stalinismus im engeren Sinne, - für Terrorzeit, und Stalinismus im weiteren Sinne - für den nachstalinschen Realsozialismus angeboten. Auch die Unterscheidung in Stalinismus und Poststalinismus ist vielfach anzutreffen. Wobei letzteres die Ambivalenz von Bruch und Kontinuität entgegen dem unmittelbaren Wortsinn (Nach-Stalinismus) ausdrücken soll. Für die von W.Hedler berichtet russische Unterscheidung zwischen *Stalinism* für das System und "*Stalinschtschina*" für die Terrorzeit scheint die deutschen Sprache leider nichts Adäquates bereit zu halten. Bleibt noch die Unterscheidung durch Periodisierung des Stalinismus. Eine Variante wäre z.B.: Aufstiegsphase (Stalinisierung von KPR und KI) 1925 bis 1930,

Hochphase (mit Terrorzeit) von 1930 bis 1953/56 und nachstalinsche Spätphase bis zum Untergang des Realsozialismus. Andere Einteilungen wären auch denkbar.

# IV.4. Ambivalenz von Stalinistischem und Sozialistischem. Identität und Dualität.

Gegen das analysieren und begreifen des realsozialistischen Systems der DDR unter dem Begriff Stalinismus wird auch eingewandt, daß die gesellschaftliche Realität vielschichtig und ambivalent war, daß es neben Stalinistischem auch nichtstalinistische, sozialistische Strukturen und Institutionen, nichtstalinistisches Denken und Verhalten gab. Oder PDS-alltagssprachlich gesagt: Es war doch nicht alles schlecht. Es gab neben schlechten auch gute Seiten, neben Unrecht und Verbrechen auch bewahrenswerte Erfahrungen und achtenswerte Leistungen.

Die Hartnäckigkeit mit der dieser Einwand vorgebracht wird, kann sich angesichts seiner gedanklichen Flachheit nur aus der legitimatorischen Motivation erklären.

Zuerst wird "stalinistisch" mit "schlecht" identifiziert, um dann zu sagen, da nicht alles schlecht war, darf man auch nicht verallgemeinernd von "stalinistisch" sprechen. Dabei wird die Vorstellung unterschoben, es sei eine gesellschaftliche Ordnung denkbar, in der alles schlecht ist, in der es keine Erkenntnisse, Leistungen, Errungenschaften usw. gäbe. Dies provoziert geradezu eine Aufzählung von technischen, wissenschaftlichen, kulturellen und auch sozialen Leistungen die in den letzten zweitausend Jahren unter allerlei abscheulichen Tyranneien, einschließlich der Nazi-Diktatur, erbracht wurden.

Mit dem Einerseits und Andererseits, dem Nebeneinanderstellen von Gutem und Schlechtem wird die Systemfrage, die Frage nach dem Wesen der gesellschaftlichen Formierung abgeblockt. Statt nach dem Zusammenhang dieser beiden Seiten ein und der selben Sache zu fragen, wird einem mechanischem Dualismus gehuldigt. Das undialektische Sowohl-als-auch wird dann so gar noch als differenzierte und dialektische Geschichtsaufarbeitung ausgegeben. Womit nicht nur legitimatorische, dualistische Argumentationsmuster des nachstalinschen Stalinismus in der PDS-Debatte wieder aufgewärmt werden, sondern auch die trivialen Auffassungen des ML von Dialektik.\*

Wie der geschichtliche Dualismus von sozialistischer Kontinuität und stalinistischer Entartung ist auch der systematische Dualismus von Sozialismus und Stalinismus bereits von der nachstalinschen Politbürokratie zur eigenen Herrschaftssicherung und -Legitimation hinsichtlich der Stalin-Zeit ritualisiert worden. Auch sie hatte die "großen Leistungen" beim Aufbau des Sozialismus, bei der Elektrifizierung, der Kollektivierung und Industrialisierung usw. als sozialistische Errungenschaften vom "Stalinismus" losgelöst dargestellt. Die Wiederholung

<sup>\*</sup> An dieser Stelle brach der Referent, nach Anmahnung des Tagungspräsidiums wegen Zeitüberschreitung, seine Ausführungen ab.

dieses dualistischen Gedanken- und Argumentationsmusters in der Stalinismus-Debatte der PDS erfolgt ebenfalls in legitimatorischer Absicht. Dabei geht es nicht nur um staatstragende DDR-Karrieren in Politik, Wissenschaft und Kultur, - um die auch, sondern vielfach um die Verteidigung der eigenen Biographie, um den Schutz des mit Freuden, Erfahrungen, Erfolgen und Niederlagen angefüllt Lebens gegen eine soziale und moralische Entwertung.

## IV.5. Legitimität durch gute Absichten und große Zahl

Das Begreifen der gesellschaftlichen Entwicklung in der Sowjetunion und in der DDR unter dem Begriff Stalinismus, so die Kritiker, würde den sozialistischen Versuch von Beginn an delegitimieren. Die unterstellte Delegitimierung basiert auch hier auf der Identifizierung von Stalinismus und "Finsternis" schlechthin und der naiven Annahme bzw. Unterstellung, legitim sei nur gesellschaftliches Handeln für "Gutes". (Was eine eigene Debatte wert ist.) Die These von der Legitimität des Versuchs in Kopplung mit der Betonung der guten Absichten der Aktivisten ist bodenlos, weil damit de facto jedes gesellschaftliches Experiment gerechtfertigt würde, sofern deren Träger nur gut Vorsätze und Absichten verkündeten. Nicht das Ergebnis, nicht die Praxis und nicht Wahrhaftigkeit der Theorie bzw. die Begründetheit der Leitidee sollen gesellschaftliches Handeln legitimieren, sondern die gute Absicht.

Verstärkt wird die vermeintliche Legitimierung durch die große Anzahl ehrlicher und aufrichtiger Mensch in guter Absicht. Eine Sache, für die sich hunderttausende Menschen ehrlich und selbstlos engagieren, kann, so diese legitimatorische "Logik", gar nicht stalinistisch, also schlecht gewesen sein. - Als wenn nicht Menschen auch massenhaft für allen möglichen Unsinn zu begeistern waren und sind.

Der Stalinismus-Begriff scheint ein besonders bedrohliches Delegitimierungspotential in sich zu bergen, und zwar nicht nur für Träger und Nutznießer stalinistischer Machtstrukturen, sondern auch für das engagierte soziale und politische Leben vieler Bürger der DDR. Warum eigentlich?- Auf diesen Gedanken kann doch nur kommen, wer den Sinn menschlichen Lebens im Dienst an einer, an "der Sache" sieht. Die Anteilnahme des Einzelnen an einer historischen Mission durch Einordnung in die Partei und Dienst an "der Sache", dies war ein klassisches stalinistisches Weltbild. Die Ideologie der Identität von Partei, Staat, Sozialismus und Weltgeschichte hat viele "aufrechte Genossen" auch ganz ohne Terror unter die Herrschaft des Stalinismus gebunden. Aus falsch verstandener Parteidisziplin und mißbrauchter Treue zur Sache habe man zu lange geschwiegen und zu lange mitgemacht. Das war die wohl meistgebrauchte Entschuldigungsmetapher der Jahre 89 und 90 in diesem Lande.

Michail Nelken Plenumsbeitrag, Konferenz "5 Jahre PDS in der BRD", 25. November 1995

Durch die Mobilisierung von Befindlichkeiten und Stimmungen in politischer Absicht werden in der Stalinismus-Debatte der PDS alte, tradierte geistige und politische Ein- und Unterordnungsmechanismen stalinistischer Politik und Ideologie wiederbelebt. Das Aus-ein-andersetzen oder Lösen vom Stalinismus wird blockiert, in dem der Differenz kein Raum gelassen wird. WIR oder SIE. Mit diesem WIR werden alle Differenzierungen der Vergangenheit planiert. Wir stehen zu unserer Geschichte. Wir lassen uns unsere Geschichte nicht nehmen. Wir haben uns weder zu schämen, noch zu entschuldigen, - schon gar nicht vor den Siegern. Wer auf den Gedanken kommt, daß er vielleicht doch eine andere Geschichte hat als Mielke, Honecker, Mittag, Schabowski oder Krenz, zumindest aber einen völlig anderen Platz in dieser gemeinsame Geschichte, der wird in dieser restaurativen Weltsicht zum Opportunisten, der sich den Maßstäben des politischen Gegners unterwirft. In erstaunlichem Gleichklang mit den permanenten kalten Kriegern des gesellschaftspolitisch konservativen Lagers, begibt man sich in die komplementären alten Gräben und denkt in alten Schablonen. Wir oder Sie. Die Stalinismusdebatte in der PDS überrascht den Betrachter mit einer bemerkenswerten Wiederkehr der Einbindungs- und Unterordnungsmetaphorik der SED. - Eine Untersuchung der Sprache, der Argumentations- und Denkfiguren mit denen des poststalinschen Stalinismus wäre sicher eine interessante Forschungsaufgabe.

\* \* \*

Bei der Vorbereitung dieses Referats und dem Nachdenken über Blockaden, Begriffe und Mißverständnisse kam in mir die Frage auf, warum ich eigentlich bislang die DDR und die SED als poststalinistisch bezeichnet habe, obgleich ich seit Jahren argumentiere, daß sie nicht nachstalinistisch waren, weil kein Bruch mit dem System des Stalinismus stattgefunden habe. Korrekterweise müßte man eigentlich DDR und SED mit dem Attribut nachstalinsch und nicht poststalinistisch kennzeichnen. Nachstalinsch bedeutet dabei: Stalinismus nach dem Tod des "Führers der Werktätigen" und nach dem Ende von Massenterror und extremen Personenkult. Und wenn wir diesem Gedanken weiterfolgen, dann ist die PDS, die mit dem Stalinismus als System gebrochen hat und den Willen verkündet ihn in Politik, Verhalten und Denken zu überwinden, also eine nachstalinistische Partei.

Die PDS - eine poststalinistische Partei? Nicht gut für das Image, die Außenwirkung? Vielleicht aber hilfreich für die Innenwirkung. Diese Begrifflichkeit würde die PDS stets ihrer Geschichte erinnern und vielleicht zukünstig von dem Versuch abhalten; ihre lebendige Vergangenheit per Ausgrenzungsbeschluß zu exkommunizieren.

Die Emanzipation der Partei des Demokratischen Sozialismus vom Stalinismus ist nicht in erster Linie ein Projekt der Aufklärung über geschichtliche Ereignisse, sondern vor allem ein tionsversuch, also praktizierte Emanzipation vom Stalinismus.

langwieriger geistig-kultureller Prozeß, in dem tief verwurzelte stalinistischen Denk-, Argumentations- und Verhaltensweisen zu überwinden sind. Der "Stalinismus" als politischer und ideologischer Begriff ist m.E. dabei ein unverzichtbarer Schlüsselbegriff für die Rekonstruktion eines demokratischen, pluralistischer und emanzipatorischen Sozialismus, deren wesentlicher Inhalt die Emanzipation vom Stalinismus ist. Die PDS-Debatte um diesen Begriff und seine Verwendbarkeit ist eine politisch-ideologische Auseinandersetzung um diesen Rekonstruk-

\* \* \* \*

#### Nachbemerkung:

Protagonisten der KPF, wie Michael Benjamin und Ellen Brombacher, haben sich dafür "bedankt", daß ich offen ausgesprochen hätte, daß die Stalinismus-Diskussion in der PDS integraler Bestandteil der Auseinandersetzung um politische und ideologische Hegemonie sei. - Also doch ein bißchen funktionalisierte "Stalinismuskeule"? In der für sie typisch reduktionistischen Wahrnehmung übersehen die KPF-Genossen dabei, daß sie selbst Bestandteil, Aktivisten in dieser Ideologiedebatte sind. Sie versuchen doch seit 1991 mit einer emotionalisierten, vermeintlich der historischen Gerechtigkeit dienenden "Ehrenrettung" der DDR, die "modern"-sozialistische und reformpolitische Führung der PDS zu bekämpfen. Nicht um konsequente Geschichtsaufarbeitung, um radikale, an die Wurzeln greifende Analysen geht es dabei, sondern um Rechtfertigung, um die Legitimation des Versuchs im Großen wie im Kleinen. Sie versuchen nostalgische und konservative Befindlichkeiten und vertraute Dogmatik, die Vergangenheit der PDS also, gegen ihre unsichere Zukunft zu mobilisieren und daraus politisches Kapital im innerparteilichen Ringen um Hegemonie zu schlagen.

Und wenn Benjamin behauptet, es dürfe in einer pluralistischen Partei keine Hegemonie geben, sondern nur Konsens, dann ist dies keine bemerkenswerte Abwendung von der alten bolschewistischen Parteiauffassung, sondern eine bestenfalls gedankenlose ideologische Schutzbehauptung. Denn in jeder Partei gibt es hegemoniale, vorherrschende politisch-geistige Strömungen und das Ringen mit anderen um die Meinungsführerschaft und die Politikbildungsdominanz. In Programmen und ähnlichen programmatischen Dokumenten finden solche Kämpfe und Kräfteverhältnisse dann ihren eingefrorenen, vergegenständlichten Ausdruck. Die Kommunistische Plattform selbst ist in der PDS die organisiertes Form des Richtungskampfes um politische und geistige Hegemonie. Die KPF attackiert, mitunter in "altbewährter" stalinistischer Form, andere Positionen. Wird sie dann selbst hart angegriffen, rufen die GenossInnen nach dem Schutz des Pluralismus.

Die ideologische Schutzbehauptung seitens der KPF, daß das reformsozialistische Parteizentrum durch die "Liquidierung des Kommunismus" die PDS hoffähig, regierungsfähig

machen wolle, ist nicht nur ärgerlich ob des anmaßenden und denunziatorischen Alleinvertretungsanspruchs auf den Kommunismus, sondern auch selbst beredter Ausdruck des Fortlebens stalinistischer Denkmuster. Die Kritik wird versucht abzublocken, einerseits durch die Gleichsetzung der KPF mit Kommunismus in der PDS und andererseits durch den Vorwurf, die Kritik sei Opportunismus und Kapitulantentum gegenüber den Angriffen des Klassenfeindes. 14 (5.12.. 1995)

Horst Helas, PDS und Stalinismus. Ein Beitrag zur Rekonstruktion einer wissenschaftlich-politischen Debatte. Manuskriptdruck. Hrsg.v. der Historischen Kommission der PDS, Berlin 1995. Wladislaw Hedeler: Über erkenntnistheoretische Schranken und andere Blockierungen in den Geschichtsdebatten in der PDS, In: Stalinismus. Zur Diskussion eines Begriffs. Manuskriptdruck. Hersg. W.Gehrcke,, Horst Dietzel, Berlin 1993. Siehe auch: M.Schumann: Vor fünf Jahren: "Wir brechen...". Reminiszenzen und aktuelle Überlegungen. In: PDS-Presse- und Informationsdienst (PID), 3/95, S. 16ff. Wladislaw Hedeler: Vom Gründungskonsens zum geläuterten Stalinismus. In: Disput 20/95, S. 20f.

G.Stiehler: Befreiung vom Stalinismus? In Berliner Zeitung v. 25/26.11.1989.

G.Gysi: Referat auf Klausurtagung des PV der PDS am 12/13.05.1990. In: ND 16.05.1990. Thesen (Entwurf) für die Erneuerungskonferenz der PDS am 8./9.09.1990. In: ND v. 17.07.90. Stalinismus in der KPD und SED. Materialien der Konferenz der Historischen Kommission beim PV der PDS am 17.und 18.November

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Klaus Höpcke. Zur Eröffnung der Konferenz. In: Stalinismus in der KPD und der SED, a.a.O., S. 5.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Vgl. PID 20.12.1991, S.4 ff. oder in: "Geschichte - ja aber ...". Reihe controvers. Berlin 1993, .35 ff..

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> "Für eine radikale Aufarbeitung der Geschichte und eine konsequente Oppositionspolitik, oder warum wir Strömungen in der PDS für Notwendig halten." So der Titel des von 37 Personen unterzeichneten sogenannten Strömungspapiers, mit dem die "Strömung" sich als innerparteiliche Oppositionsbewegung konstituierte. (siehe ND 3.7.91, PDS-Spezial). Auf der gleichen Linie bewegte sich das Dredner Alternative Diskussions-Angebot (DADA) Im Juni und Juli

<sup>1991</sup> fanden in Dresden und Berlin zwei DADA-Strömungs-Konferenzen statt, auf denen der Zusammenhang von Blockade der Erneuerung und die Blockade der Geschichtsaufarbeitung thematisiert wurde und Strategien zu deren Durchbrechung diskutiert wurden. (Vgl. PID 19.7.1991, S. 5 ff und ND, 9.7.91). Siehe auch: den Reader zum 1. Strömungstreffen und die "Strömungsblättchen" Nr. 1 - 3. (In Nr.3 Debatte zur Reaktionen in der PDS auf den Moskauer Putsch.)

<sup>&</sup>quot;Restaurativ" wird hier soziales und politisches Verhalten und Denken genannt, daß ganz traditionelle Rituale sozial abgestiegender, abgewickelter Herrschaftseliten wiederholt. "Restaurativ" wird aber auch ein Denken und Verhalten genannt, daß alte, stalinistische Denk- und Argumentationsmuster wiederaufleben läßt, wie den allgegenwärtigen Feind, der innere Einheit und Geschlossenheit erfordere, dem die Kritik der Kritikaster nütze etc. Restauratives Denken reanimiert die Freund-Feind-Schematas des Kalten Krieges und die ideologischen Leerhülsen des ML, - quasi komplementär zu den "kalten Kriegern" des konservativen bürgerlichen Lagers.

Harnfried Müller: Zusammenbruch, Konterrevolution oder beides? ND, 26/27.09.92; Vgl.: Sahra Wagenknecht, Marxismus und Opportunismus, Weißenseher Blätter 4/92, S.12 ff.; Kurt Gossweiler, Der "moderne Revisionismus" und die Niederlage des Sozialismus - Eine Thesenreihe. Ebenda S. 46 ff.; Harnfried Müller: "Zusammenbruch" und/oder "Konterrevolution"? Ebenda S. 57 ff. Sieh auch: Rosemarie Müller-Streisand: PDS-Parteitag zwischen antikommunistischen Leitungsdiktat und antiimperialistischen Partei und Wählerwillen. In: Weißenseer Blätter, 1/95, S. 40 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup>Vgl Sahra Wagenknecht, Marxismus und Opportunismus, a.a.O.; dieselbe: Nach Gysi. In: Konkret 1/93. H.H.Holz: Ein Brief zum Streit um den Antistalinismus und seine Überwindung. In: WBI. 1/95; derselbe: Niederlage und Zukunft des Sozialismus. Essen 1991; derselbe Sozialismus in der DDR - mußte er scheitern? Was bleibt? In: DDR-Geschichte. Nostalgie oder Totalkritik.Reihe cotrovers, S. 34 ff.

An den Dokumenten der Programmdebatte kann man diesen Wandel gut verfolgen. Vgl.: Fragen- und Problemkomplexe zur Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms, Grundsatzkommission vom 28.11.1990; Diskussionspapier für die Erarbeitung des 1. Gesamtentwurfs des Programms der PDS, Grundsatzkommission v. 23.03.1992; 1.Programmentwurf, ND 1.6.1992; Alternativer Programmentwurf der KPF, ND - PDS-Spezial v. 9.06.1992, A.Brié: Für eine moderne sozialistische Programmatik, PD 19.6.92; 2.Entwurf (Grundsatzkommission), ND 28.12.1992 Programmdebatte.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Thesen des Sprecherrates der Historischen Kommission, 09.01.1993. In: Materialen der 1. Tagung des 3. Parrteitages der PDS. Vgl. auch am selben Ort: Gruppe Sozialistische Linke: "Die Geschichte ist das Weltgericht. - Wer richtet die Geschichte?" (Th.Barthel, Th.KLein, M. Nelken u.a.) sowie ebenda Erklärung der AG Junge GenossInnen in und bei der PDS "Zum Umgang mit unserer Geschichte". Vgl auch;

Th.Klein/Udo Wolf: Zur Frage der Verantwortung der PDS für die Geschichtsaufarbeitung, in "Geschichte -

Ja aber ...", a.a.O. S. 30 ff.

12 Änderungsantrag zum Initiativantrag Bisky, Gysi, Modrow, von M.Nelken u.a. In: Materialien der 1.Tagung

des 4.Parteitages der PDS (27.-29.01.95).

M.Benjamin, E.Brombacher, Th.Heckler, H.Karl, H.Mahron, S. Wagenknecht: Gemeinsame Persönliche Erklärung (Berlin, 19.01.1995)

<sup>14</sup> Siehe auch: M.Nelken: Gespensterdiskussion. Zur Ambivalenz von "Kommunismus,, und "Antikommunismus" in der PDS. In: Disput 1/1995.